

Anfrage

Öffentlich

Datum

08. Feb. 2011

Nummer

1419/11

Absender

DIE LINKE.
Rathaus
38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Gremium

Rat

Sitzungstermin

22.02.2011

Betreff

Handlungskonzept zur Prävention von Kinder- und Familienarmut

Am 6. Dezember 2010 wurden von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und der Stadt Braunschweig die „Braunschweiger Leitlinien zur Prävention von Kinder- und Familienarmut und zur Linderung der Folgen“ unterzeichnet. Diese Leitlinien beinhalten insbesondere die folgenden neun Grundaussagen:

- Mütter und Väter erhalten bei Bedarf Unterstützung und Hilfe bei der Erziehung der Kinder
- Jedes Kind hat ein Recht auf Sicherung seiner angemessenen materiellen Lebensgrundlage
- Jedes Kind hat ein Recht auf Sicherung seiner Grundbedürfnisse nach Gesundheit, Bewegung, Ernährung, Sicherheit und Geborgenheit
- Jedem Kind ist gesellschaftliche und soziale Teilhabe zu ermöglichen
- Jedem Kind einen erfolgreichen Bildungsweg sichern von Anfang an
- Für jede Mutter und jeden Vater ist eine existenzsichernde Erwerbsarbeit von zentraler Bedeutung
- Jugendliche aktiv ins Erwerbsleben begleiten
- Kinder, Jugendliche und deren Eltern sind zu beteiligen
- Das Netzwerk zur Prävention von Kinder- und Familienarmut und zur Linderung der Folgen ist zu intensivieren und weiterzuentwickeln

So wie viele Akteure in der Stadt, hat auch DIE LINKE. an der Erstellung der Leitlinien mitgearbeitet und gehört zu den Erstunterzeichnern, weil sie die beschriebenen Forderungen uneingeschränkt teilt.

Nach der Unterzeichnung müssen die Leitlinien nun aber eine praktische Umsetzung erfahren und zu Leitlinien kommunalen Handelns werden. Dazu gehört die Erstellung eines Handlungskonzeptes durch die Verwaltung und eine andere Prioritätensetzung in der kommunalen Politik.

Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung gefragt:

- 1. Mit welchen Maßnahmen will die Verwaltung die in den Leitlinien beschriebenen Ziele umsetzen?**
- 2. Bedingt die Umsetzung der Leitlinien auch Veränderungen des Programm- und Handlungsrahmens?**
- 3. Hält die Verwaltung die Ablehnung der Haushaltsanträge von SPD, B90/GRÜNE, DIE LINKE und BIBS durch die CDU/FDP-Mehrheit in den Bereichen Soziales, Kinder/Jugend und Bildung für die Umsetzung der Leitlinien für hilfreich?**

Udo Sommerfeld
Fraktionsvorsitzender